

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

27.01.2023

STELLUNGNAHME

im Rahmen der Anhörung von Sachverständigen durch den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zum Antrag „NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen“ der Fraktion der SPD (LT-Drs. 18/1692)

Vorbemerkung

Die Fraktion der SPD setzt sich in ihrem Antrag eindringlich mit der Wirtschaftsentwicklung Nordrhein-Westfalens, insbesondere auf Basis der Zahlen des ifo-Instituts zum 3. Quartal 2022, auseinander und setzt diese kritisch ins Verhältnis zur zeitgleichen gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung. Als Landesvereinigung begrüßen wir den Beitrag zur Debatte über die konjunkturelle Entwicklung und mögliche Elemente einer nordrhein-westfälischen Wachstumsagenda. Die aktuelle Lage sowie die weiteren Perspektiven müssen regelmäßig im Landtag diskutiert werden, denn das Land wird die großen Herausforderungen unserer Zeit nur mit starken und wettbewerbsfähigen Unternehmen bewältigen. Hierfür müssen auf Landesebene, aber genauso auf Bundes- und Europaebene die richtigen Weichen gestellt werden.

Denn starke und wettbewerbsfähige Betriebe sind und bleiben die Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat, für Wohlstand, Arbeitsplätze und sozialen Frieden in unserem Land. Nur mit einer starken Wirtschaft bleiben wir ein starkes Land!

Wirtschaftliche Situation der nordrhein-westfälischen Unternehmen

Die Herausforderungen für die nordrhein-westfälischen Unternehmen sind aufgrund von multiplen Krisen und Aufgaben so groß wie selten zuvor. Unsere heimische Wirtschaft befindet sich infolge der Auswirkungen der Corona-Pandemie, gestörten Lieferketten, Lieferengpässen, Fachkräftemangel und besonders durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in einer einmaligen Krisensituation. Insbesondere die energieintensiven Grundstoffindustrien, die einen Schwerpunkt in der NRW-Wirtschaftsstruktur bilden, sind stark betroffen.

Das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen bildet diese Krisensituation ab und lag im ersten und zweiten Halbjahr 2022 unter dem Bundesvergleich. Auch mit Blick auf das aktuelle Jahr ist nicht von einer raschen und deutlichen konjunkturellen Erholung auszugehen.

Schon die Pandemie hat viele Teile der Wirtschaft massiv belastet und zum Beispiel auch Lieferketten unterbrochen. Die gerade einsetzende Erholung wurde infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise unterbrochen. Aufgrund der massiven Preissteigerungen bei den Energiepreisen haben Teile von Industrie und Wirtschaft ihre Produktion gedrosselt oder zeitweise komplett eingestellt. Dies hat auch Auswirkungen auf unsere Wertschöpfungsketten. Aufgrund von Mangellagen bei Stoffen und Vorprodukten sind nachgelagerte Wirtschaftszweige betroffen.

Die zusätzlichen Belastungen und Unsicherheiten gefährden Wirtschaft und Industrie. Auch ist zu berücksichtigen, dass gleichzeitig große Aufgaben der digitalen und nachhaltigen Transformation bewältigt werden müssen. Die Bewältigung dieser Aufgaben, die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in unserem Land gelingt nur mit starken Unternehmen. Dafür braucht es eine positive wirtschaftspolitische Grundstimmung sowie eine Willkommenskultur und breite Akzeptanz für Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze – keine zusätzlichen Belastungen und Regulierungen.

Wichtig ist eine wirtschaftspolitische Grundausrichtung, die Wachstum ermöglicht und Hemmnisse beseitigt. Die nordrhein-westfälische Wirtschaft und Industrie ist auf eine Politik angewiesen, die beste Rahmenbedingungen auf allen Ebenen setzt. Oberste wirtschafts- und energiepolitische Priorität sollte nach Ansicht von unternehmer nrw aktuell darauf liegen, international wettbewerbsfähige Energiepreise zu gewährleisten. Neben kurzfristigen Krisenmaßnahmen müssen die mittel- und langfristigen Bedingungen für eine verlässliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen geschaffen werden.

Im Einzelnen

Die Unternehmen brauchen eine Belastungspause

Mit Blick auf das Wirtschaftswachstum belegte Nordrhein-Westfalen bereits im Jahr 2015 den letzten Platz im Bundesländervergleich. Ursächlich waren hierfür insbesondere eine überbordende Bürokratie und ein von Misstrauen gegenüber Unternehmerinnen und Unternehmern geprägte Politik. Heute wie damals muss deshalb gelten, dass Nordrhein-Westfalen die Chancen und Potentiale besser nutzen muss. Überzogene Regulierung und überbordende Bürokratie schaden und gefährden die Unternehmen im nationalen und internationalen Wettbewerb. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen einen dauerhaften wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitischen Regulierungsstopp. Insbesondere die Alleingänge Nordrhein-Westfalens beim Umwelt- und Klimaschutz dürfen nicht wiederholt werden.

Die Unternehmen brauchen eine Belastungspause und einen Regulierungsstopp – gerade auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Ukrainekriegs, der Folgen der Corona-Krise und den aktuellen Transformationsprozessen. Dies betrifft alle wirtschaftsrelevanten Bereiche der Landespolitik. Bürokratieabbau bleibt eine zentrale Aufgabe – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Die Bundesregierung hat im Rahmen des Abwehrschirms gegen die Folgen des russischen Angriffskriegs ein Belastungsmoratorium beschlossen. Wichtig ist, dass die Vermeidung von unverhältnismäßiger Bürokratie von der Ampelkoalition tatsächlich eingehalten wird.

Verlässliche Energieversorgung mit wettbewerbsfähigen Preisen gewährleisten

Die von der Bundesebene verabschiedeten Preisbremsen bei Gas, Wärme und Strom drohen aufgrund ihrer Komplexität von einem pauschalen Entlastungsinstrument zu schwer prognostizierbaren Einzelfallhilfen zu werden. Entgegen der Erarbeitungen und Empfehlungen der „ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme“, für schnelle und wirksame Entlastungen bei den Energiepreisen zu sorgen, wurde ein extrem komplexes und praxisfernes Regelwerk verabschiedet. Es ist zu befürchten, dass ein Großteil der Unternehmen die Hilfen aufgrund überbordender Bürokratie und kaum erreichbarer Kriterien nicht in Anspruch nehmen wird. Die Systematik der Preisbremsen muss dringend korrigiert werden. Die starre Kopplung an künftige Betriebsergebnisse etwa führt dazu, dass die Hilfen für die Unternehmen nicht kalkulierbar und damit wirkungslos sind. Das europäische Beihilferecht muss kurzfristig angepasst und dann in den deutschen Energiepreisbremsen umgesetzt werden.

Zusätzliche landesseitige Unterstützungen unterliegen ebenfalls dem EU-Recht, umso wichtiger ist, dass sich Landes- und Bundesregierung für eine schnelle und wirksame Anpassung des europäischen Beihilferahmens einsetzen. Und auch bei der Umsetzung der Härtefallhilfen durch das Land muss gelten: so unbürokratisch

und unkompliziert wie möglich. Im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz unter Leitung des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums wurde ein Rahmen für ergänzende Härtefallregelungen beschlossen. Bei der konkreten Umsetzung auf Landesebene braucht es eine deutliche Ausweitung oder Ergänzungen des Anwendungsbereichs, damit kein Unternehmen, das Hilfe braucht, durch das Raster fällt.

Neben massiven Investitionen löst die Transformation einen drastisch steigenden Energiebedarf aus. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Energieversorgung zu jeder Sekunde und zu wettbewerbsfähigen Preisen gewährleistet wird. Wir brauchen einen enormen Ausbau der Energieerzeugungs- und Speicherkapazitäten. Insbesondere muss der drastische Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffinfrastruktur gelingen. Außerdem brauchen wir eine Debatte über Industriestromtarife. Hierfür sollte idealerweise eine europäische Lösung angestrebt werden.

Planungs- und Genehmigungsverfahren massiv beschleunigen

Maßgeblich für den Erfolg der Transformation sind Investitionen der Unternehmen in neue Prozesse, in die Umstellung von Produktionsverfahren und in die Etablierung neuer Geschäftsmodelle. Diese Investitionen in Milliardenhöhe können Wirtschaft und Industrie nur leisten, wenn sie verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit vorfinden.

Die Umstellung auf klimaneutrale Produktionsverfahren erfordert in der Regel neue Planungen und somit zusätzliche Genehmigungsverfahren. Mit den gegenwärtigen Dauern von Planungs- und Genehmigungsverfahren werden wir die ehrgeizigen Klima- und Transformationsziele nicht erreichen. Wir gehen konkret von einer Verdopplung der Genehmigungsverfahren bis 2030 bei Wirtschaft und Industrie aus. Die Verfahrensdauern müssen dringend an die Umsetzungserfordernisse angepasst werden.

Wir brauchen moderne und digitale Planungs- und Genehmigungsverfahren, die zu den ambitionierten Zielen passen. Die Verfahrensbeschleunigung muss deshalb oberste politische Priorität in der nordrhein-westfälischen Landespolitik haben. Neben dringend erforderlichen Anpassungen des Landesrechts ist die Landesregierung aufgefordert, Verfahrensbeschleunigungen auf Bundes- und EU-Ebene einzufordern und aktiv zu unterstützen.

Entbürokratisierung bleibt Daueraufgabe

In der vergangenen Wahlperiode wurden wichtige und richtige Maßnahmen zur Entbürokratisierung eingeleitet. Hiermit hat sich das Klima für Unternehmertum, Innovationen, Investitionen und Arbeitsplätze deutlich verbessert. Dennoch bleibt weiterhin sehr viel zu tun. Im Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung finden sich gute Ansätze, wie die konsequente 1:1 Umsetzung von EU- und

Bundesrecht sowie die Orientierung an die jeweils pragmatischsten Regelungen in den Bundesländern. Wichtig ist, dass die Entbürokratisierung auf allen Ebenen weitergeführt und intensiviert wird.

Geschlossene Wertschöpfungsketten erhalten

Besonderes Augenmerk muss zudem auf dem Erhalt geschlossener Wertschöpfungsketten, von der Grundstoffindustrie über die verarbeitende Industrie bis hin zu industrienahen Dienstleitungen, liegen. Der vollständige Verbund von Wertschöpfungsketten ist ein Alleinstellungsmerkmal von Industrie und Wirtschaft in NRW. Dieser internationale Wettbewerbsvorteil muss dringend erhalten werden. Wir müssen das Bewusstsein für die fundamentale Bedeutung der Wertschöpfungsketten für unser Land stärken, selektives Handeln der Politik gegen einzelne Branchen gefährdet langfristig die gesamte industrielle Wertschöpfung.

Rohstoffversorgung sicherstellen

Damit die massiven Investitionen in die Transformation Realität werden können, sind die Unternehmen auf eine verlässliche Rohstoffversorgung angewiesen. Der Rohstoffbedarf wird in den kommenden Jahren drastisch ansteigen. Der Ausbau der Erneuerbaren, Investitionen in Standorte, Wohnungsbau und Infrastruktur sind sehr rohstoffintensiv. Neben der bereits sehr hohen Recyclingquote bei den Rohstoffen müssen auch Primärrohstoffe in ausreichender Menge zu Verfügung stehen.

Nordrhein-westfälische Sonderwege bei der Rohstoffgewinnung würden die Rohstoffkosten erheblich steigen lassen. Importe aus anderen Mitgliedstaaten und Drittstaaten werden sich massiv erhöhen, wodurch zusätzliche CO₂-Belastungen hervorgerufen werden. Eine verantwortungsvolle heimische Rohstoffgewinnung muss deshalb auch in Zukunft möglich bleiben.

Fachkräftesicherung für wettbewerbsfähige Wirtschaft unerlässlich

Damit die Wirtschaft weiter wettbewerbsfähig bleibt, braucht es zudem auch Maßnahmen zur Fachkräftesicherung. Sie müssen auf sämtlichen Ebenen ansetzen und klug ineinandergreifen. Zur Deckung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs müssen sämtliche inländischen Potenziale in den Blick genommen werden. Dazu zählen unter anderem Menschen mit Behinderungen, (Langzeit-)Arbeitslose, Studienabbrecher sowie Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund. Für diese Menschen muss der Einstieg in den Arbeitsmarkt noch stärker als bisher unterstützt werden. Dafür bedarf es einer individuelleren und intensiveren Betreuung, Beratung und gezielteren Förderung als bisher. Das Prinzip des „Fördern und Forderns“ muss dabei erhalten bleiben.

Neben der Aktivierung verschiedener inländischer Potenziale muss die Erwerbsmigration von Fachkräften aus dem Ausland ausgebaut werden. Mit der Einrichtung der Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung NRW (ZFE) hat das Land NRW bundesweit eine Blaupause geschaffen. Wichtig ist bei der weiteren Umsetzung, dass die Genehmigungsverfahren zügig und unbürokratisch von Statten gehen. Auf Bundesebene müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die qualifizierte Zuwanderung weiter verbessert werden. Die Eckpunkte der Bundesregierung hierzu weisen in eine richtige Richtung.

Auch das Bildungssystem kann und muss einen Beitrag zur Fachkräftesicherung und gleichzeitig zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes leisten. Uns gehen nach wie vor zu viele Talente und Begabungen verloren. Notwendig sind nachhaltige Qualitätsverbesserungen im gesamten Bildungssystem – beginnend bei der frühkindlichen Bildung über die allgemeinbildenden Schulen bis hin zu den Hochschulen. Qualität muss im Mittelpunkt stehen.

Mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels und die größer werdende Lücke auf dem Arbeitsmarkt ist die Sicherung des beruflich qualifizierten Nachwuchses ein weiterer zentraler Baustein der Fachkräftesicherung. Die Chancen für junge Menschen auf dem Ausbildungsmarkt sind so gut wie lange nicht. Jedoch können die Betriebe oft nicht ihre Ausbildungsplätze besetzen, um ihre Fachkräfte von morgen auszubilden. Wichtig dafür sind eine fundierte Berufsorientierung, passgenaue Angebote zur Integration verschiedener Zielgruppen in Ausbildung (vom Jugendlichen mit Startschwierigkeiten bis zum Studienabbrecher) sowie leistungsstarke Berufsschulen.

Belastungsmoratorium auch in der Arbeits- und Sozialpolitik ernst nehmen

Wichtig für die Menschen und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land ist ein stabiler Arbeitsmarkt. Gut ist daher: In NRW haben sich in den vergangenen Jahren Beschäftigung und Arbeitslosigkeit positiv entwickelt. Und auch während der Corona-Krise und in der aktuellen Krise hat sich der Arbeitsmarkt als relativ stabil erwiesen. Dies ist aber gerade angesichts der multiplen Aufgaben und Krisen bei weitem keine Selbstverständlichkeit. Die positive Entwicklung darf nicht durch zusätzliche Regulierungen und Belastungen der Betriebe leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Das gilt auch und gerade für den Bereich Arbeit und Soziales.

Auf Bundesebene haben zahlreiche Gesetze zusätzliche Belastungen und Bürokratie gebracht. Nur ein Beispiel ist das Nachweisgesetz mit überbordender Bürokratie und einer Rückkehr in die analoge Zettelwirtschaft. Was wir hingegen brauchen – auch für einen wettbewerbsfähigen Standort Nordrhein-Westfalen – sind weniger Bürokratie, mehr Spielräume für passgenaue, zeitgemäße Lösungen etwa bei der Arbeitszeit und echte Strukturreformen für zukunftsfähige, finanzierbare Sozialsysteme.

Tempo machen

Damit wir bei der Transformation Vorreiter in Europa werden, dürfen wir keine weitere Zeit verlieren, sondern müssen alle Kraft auf die konsequente und unermüdliche Umsetzung von Transformationsprojekten in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen richten. Der Erfolg der Transformation und die Zukunftsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und Industrie hängt entscheidend davon ab, ob es der Politik gelingt, die erforderlichen Maßnahmen zügig zur Umsetzung zu bringen.